

# Jagdgesetz bis zum Ende umstritten

**LANDTAG** Opposition beklagt Riesenschäden durch Zugvögel – Rot/Grün beschließt Intervall-Jagd

Rasttiere in Vogelschutzgebieten sollen mehr Ruhe finden. Verbände äußern starke Kritik.

VON GUNARS REICHENBACHS,  
BÜRO HANNOVER

**HANNOVER** – Hans-Heinrich Ehlen (CDU) gibt noch einmal alles. „Die Gesetzgebung ist überflüssig und total praxisfern. An den riesigen Schäden durch die wachsende Gänsepopulation im Land wird sich nichts ändern. Die Intervall-Jagd hilft nicht weiter“, beschwört der Ex-Agrarminister die Abgeordneten im Landtag. Auch FDP-Landwirt Hermann Grube appelliert an die anderen Parlamentarier: „Intervall-Jagd ist absoluter Quatsch, wenn Gänse Wiesen komplett wegfressen. Das bestätigen

## RUHE- UND JAGDZONEN BEIM VOGELSCHUTZ

Die Intervall-Jagd teilt Vogelschutzgebiete, in den besonders ziehende Gänse und Enten rasten, in aktiv bejagbare Teilräume und Ruhebereiche. Die Gebiete wechseln nach festen Plänen. In jedem Fall gibt es befähigte Ausungsräume.

Die schärfste Kritik kommt von Landwirten, die unter den ziehenden Vögeln leiden. Weideflächen werden teilweise völlig abgefressen oder mit Kot übersät und damit für andere Weidetiere wie Schafe unbrauchbar.

auch SPD-Jäger mit Sachverstand.“ Vergebens. SPD und Grüne setzen am Dienstag mit ihrer Mehrheit Änderungen im niedersächsischen Jagdrecht durch.

Damit sollen vor allem Zugvögel in Vogelschutzgebieten besonders geschützt werden. Eine sogenannte Intervall-Jagd teilt die Gebiete

in Ruhe- und Jagdzonen auf. Diese Gebiete wechseln in einem festen Rhythmus. Dadurch sollen gerade für Rastvögel sichere Räume entstehen. Damit werde der „Schutz von ziehenden Gänse- und Entenarten“ erhöht, ist die Landesregierung überzeugt.

„Wir führen die Intervall-Jagd nicht als Zwang ein“, ver-

sucht Landwirtschaftsminister Christian Meyer (Grüne) beruhigend auf die Kritiker einzuwirken. Durch Intervalljagd würde die Intensität der Jagd sogar gesteigert. Es gehe um „Lenkung“, so Meyer, „auch um eine Minimierung der landwirtschaftlichen Schäden“. Die Reform sei ein „Kompromiss zwischen Jagd, Naturschutz und Landwirtschaft“. Meyer: „Wir schaffen eine kommunale Möglichkeit, Einfluss zu nehmen.“

In der Anhörung des Landtags vor der Abstimmung gab es jedoch heftigen Widerstand. Von 15 Verbänden äußerten sich elf kritisch. Keine Bedenken hatte nur der Beamtenbund.

Grünen-Experte Hans-Joachim Janßen räumt angesichts schwerer Schäden durch Rastvögel durchaus ein,

„dass wir zu einer intelligenten Steuerung der Rastpopulation kommen müssen“. Die beschlossene Intervall-Jagd „müssen Landkreise nicht umsetzen, sie können es“, betont Janßen.

Ex-Landwirtschaftsminister Ehlen vermutet, dass der Streit noch weitergehen wird. Es gebe schwere juristische Bedenken wegen der Eingriffe in Eigentumsrechte von Grundbesitzern und Jagdpächtern. Zudem kämen auf die unteren Jagdbehörden „neue und arbeitsintensive Aufgaben zu“. Der CDU-Politiker ist deshalb überzeugt, dass Rot/Grün längst Nachbesserungen plane angesichts der gehärschten Proteste im Land von Bauern und Jägern: „Damit wollen sie sich dann nur weiße Pfoten machen.“

→ KOMMENTAR, SEITE 4

## JAGDGESETZ

# Doppelter Unfug

VON ALEXANDER WILL



Mit der Änderung des Jagdgesetzes hat Rot/Grün in Hannover in doppelter Hinsicht jagdpolitisch Bankrott angemeldet. Zum einen handelt es sich um wildbiologischen Unfug. Zum anderen ist es ein gezielter Angriff auf die Eigentumsrechte der Landbesitzer und Pächter.

Die Gänse-Bestände in Niedersachsen sind seit Jahren stabil – ja sie wachsen in früher ungekanntem Maß. Für die Landwirte zieht das nicht mehr beherrschbare Schäden nach sich. Die Bejagung jetzt noch weiter einzuschränken, wird dieses Problem nur noch verschärfen. Zudem gibt es keinen Grund, warum die Jagd auf stabile Populationen eines jagdbaren Wildes eingeschränkt werden sollte.

Der Verdacht liegt nahe, dass es hier um etwas anderes geht – um die Zurückdrängung der Jagd und ihre immer weitere Behinderung. Dabei wird massiv in Eigentumsrechte eingegriffen, denn genau das ist das an Grund und Boden gebundene Jagdrecht. Grüne Partei-Ideologie unterminiert damit eine Errungenschaft der 1848er Revolution.

Es ist höchst bedauerlich, dass nicht einmal die in der SPD organisierten Jäger – die „Waidgenossen“ – diesen gefährlichen Unfug zu verhindern vermochten.

@ Den Autor erreichen Sie unter [Will@infoautor.de](mailto:Will@infoautor.de)